

Pressespiegel

AKTIONSTAG LEHRBEAUFTRAGTE 6.11.2014



Foto: Christian v. Polentz

www.aktionstagberlinlb.wordpress.com

www.gew-berlin.de/10744.php

http://www.faz.net/-gyq-7w6t1

FAZJOB.NET FAZSCHULE

FAZ.NET F.A.Z.-E-PAPER F.A.S.-E-PAPER

Anmelden Abo Newsletter Mehr

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, HOLGER STELTZNER

Gehaltsatlas: Das verdienen Ingenieure in Deutschland



Frankfurter Allgemeine Beruf & Chance

Frankfurt 10°

Montag, 17. November 2014

VIDEO THEMEN BLOGS ARCHIV

POLITIK WIRTSCHAFT FINANZEN FEUILLETON SPORT GESELLSCHAFT STIL TECHNIK & MOTOR WISSEN REISE BERUF & CHANCE RHEIN-MAIN

Home Beruf & Chance Campus Hungerlöhne an Hochschulen

Prekariat der Lehre

Hungerlöhne an Hochschulen

Externe Lehrbeauftragte schultern an deutschen Hochschulen ein Gros der Lehre. Die Bezahlung reicht kaum zum Leben, eine Gruppe hochqualifizierter Arbeitnehmer wird dadurch marginalisiert. Die Politik ist gefragt.

14.11.2014, von STEFAN LAUBE



© DPA

Egal ob angestellt oder mit einem Lehrauftrag versehen, das Ziel ist meist dasselbe: Studenten Wissen zu vermitteln.

Mit der Ankündigung, in zahlreichen Branchen einen flächendeckenden Mindestlohn zu fixieren, kommt nun auch in der Beschäftigungsstruktur von Hochschulen eine bisher schamhaft verschwiegene Schiefelage ans Tageslicht. Auf den Schultern von etwa 90.000 Lehrbeauftragten lastet ein immer größerer Anteil der Lehre. Waren Lehraufträge ursprünglich allein dafür vorgesehen, auswärtige Expertise in die Hochschule zu tragen, übernehmen sie mittlerweile in einigen Bereichen Daueraufgaben in der Vermittlung von Wissen.

Mehr zum Thema

Arbeitsverträge in der Wissenschaft:
Befristet, nicht beschränkt

Zeitverträge in der Wissenschaft: Wenn du
eine Stelle willst, frag vorher deinen Anwalt

Das Problem betrifft das gesamte Fächerspektrum, besonders aber Musik- und Kunsthochschulen sowie die Geisteswissenschaften und Sprachenzentren an Universitäten. Genaue Zahlen liegen aus der Freien Universität Berlin (FU) vor. Danach übernahmen Lehrbeauftragte 12,3 Prozent der Lehrstunden an der gesamten Universität.

In den Geisteswissenschaften wird ein Viertel, am Sprachenzentrum fast die Hälfte der Lehre von Lehrbeauftragten getragen, also von freischwebenden Existenzen, die nur die tatsächlich abgehaltene Unterrichtsstunde - im Durchschnitt 25 Euro - in Rechnung stellen können, keineswegs aber für den gesamten Arbeitsaufwand, die Vorbereitung, Betreuung, Prüfungen und Hausarbeitskorrekturen bezahlt werden.

Akademischer Niedriglohnsektor

Damit geht der Stundenlohn nicht über einen einstelligen Betrag hinaus. Auch die Bezeichnung „Lohn“ ist bereits übertrieben, handelt es sich doch lediglich um eine Betriebseinnahme eines Selbständigen, was bedeutet: Der Lehrbeauftragte muss die erheblichen Kosten der Kranken- und Rentenversicherung selbst tragen. Ausfälle wegen Urlaub, Krankheit oder Feiertagen werden nicht ausgeglichen.

Aus der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen ist im Laufe der Zeit ein vom Hochschulgesetz nicht vorgesehener akademischer Niedriglohnsektor entstanden, ohne den der Lehrbetrieb nicht aufrechtzuerhalten wäre. Lehraufträge werden zurzeit mit pauschalen Beträgen vergütet. Die FU-Richtlinie vom 8. Oktober 2013 legt als Untergrenze 21,40 Euro je Lehrveranstaltungsstunde fest, meist werden um die 25 Euro gezahlt. Zum Vergleich: Ein Studienrat an einem Gymnasium erhält pro Unterrichtsstunde umgerechnet 85 Euro.

In den vergangenen Jahren ist jener Personenkreis immer größer geworden, der auf Lehraufträge existentiell angewiesen ist. Trotz Vollzeitlehre reicht das verfügbare Einkommen nicht zum Überleben. Ein Beispiel: Eine Lehrbeauftragte am Sprachenzentrum einer Universität unterrichtet acht Wochenstunden. Aus der 29-wöchigen Vorlesungszeit ergeben sich 232 Einzelstunden. Geht man von nur fünf Ausfalltagen im Jahr wegen Krankheit oder Feiertagen aus, bleiben 224 bezahlte Stunden. Bei 27 Euro pro Unterrichtsstunde kommt die Lehrbeauftragte auf Honorareinnahmen von 6048 Euro im Jahr, also auf etwas mehr als 500 Euro im Monat.

Dauerstellen für Daueraufgaben

Es wird immer mehr zum Politikum, dass in der Hochschullehre prekäre Beschäftigungsverhältnisse die Regel sind, dass eine Gruppe hochqualifizierter Arbeitnehmern marginalisiert wird. Jüngst befasste sich der Wissenschaftsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus in einer Anhörung mit der Situation von Lehrbeauftragten in der Hauptstadt. Vor wenigen Tagen initiierte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft einen bundesweiten Aktionstag, um auf die prekäre Arbeits- und Lebenssituation von Lehrbeauftragten aufmerksam zu machen. Mitte November wird der Akademische Senat der FU Berlin über eine Vorlage entscheiden, den Status der Lehrbeauftragten aufzuwerten.

Bei openpetition.de kursiert ein inzwischen von mehr als 2650 Personen unterschriebener offener Brief von Soziologen an die Deutsche Gesellschaft für Soziologie, der alle Kulturwissenschaftler ansprechen sollte. Darin sind die Professoren aufgefordert, sich konsequent für die Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse einzusetzen. Die Situation sei keine über uns hereingebrochene Naturkatastrophe, sondern das Ergebnis politischer Fehlentscheidungen. Scharf grenzen sich die Verfasser des Briefes von der Vorstellung ab, nur ein verschärfter Wettbewerb um Stellen und Ressourcen könne die Qualität des deutschen Wissenschaftsstandorts sichern.

Resolutionen fordern Wissenschaftsministerien auf, überall dort Dauerstellen einzurichten, wo Daueraufgaben durch Lehraufträge abgedeckt werden. Zudem sollen die Honorare der Lehrbeauftragten deutlich erhöht werden. Nicht zu vergessen die Privatdozenten, die, hochqualifiziert, kostenlose Titellehre absolvieren müssen. Sie würden den chronisch überforderten Lehrkörper noch stärker entlasten, sobald sie befristete Professuren im Angestelltenverhältnis bekleiden könnten. All das kann nur funktionieren, wenn die Grundfinanzierung der Hochschulen spürbar erhöht wird. Letztlich ist der Bund gefragt, der - sobald das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern fällt - auch in derartigen Strukturfragen aktiv werden müsste. Die Debatte ist eröffnet.

Quelle: F.A.Z.

[Zur Homepage](#)

Themen zu diesem Beitrag: [FU | Lehre](#) | [Alle Themen](#)

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben

<http://www.tagesspiegel.de/wissen/aktionstag-der-lehrbeauftragten-in-berlin-protest-mit-beethoven/10945436.html>

DER TAGESSPIEGEL



06.11.2014 18:04 Uhr

Aktionstag der Lehrbeauftragten in Berlin Protest mit Beethoven

von Luisa Hommerich

Sie singen im "Beschwerdechor" und übergeben Forderungen an die Senatorin: Lehrbeauftragte der Hochschulen gehen in Berlin für besser Arbeitsbedingungen auf die Straße.



Lehrbeauftragte singen vor der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft: Ein Beschwerdechor frei nach Beethoven. - FOTO: LUISA HOMMERICH

Ein „Beschwerdechor“ aus Lehrbeauftragten interpretierte gestern Beethovens „Freude schöner Götterfunken“ neu: „Sicherheit sucht man vergebens, Lehraufträge sind prekär, doch wir müssen davon leben, also gebt uns endlich mehr.“ Die Zeilen waren an die Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Wissenschaft am Alexanderplatz gerichtet, vor der sich die etwa 60 freien Dozenten sammelten. Mit Plakaten, Pfeifen und Gesang forderten sie die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Stellen und höhere Honorare. „Leere Lehre“ war etwa

auf den Schildern zu lesen, einige Demonstranten trugen gelbe Signalwesten mit der Aufschrift „Lehrbeauftragte in Aktion“.

Die Bildungsgewerkschaft GEW hatte mit den Bundeskonferenzen der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen (BKLM) und der Orchestervereinigung DOV zu dem bundesweiten Aktionstag aufgerufen, um gegen die prekären Arbeitsverhältnisse zu protestieren. An den Berliner Hochschulen gab es Informationsveranstaltungen, etwa an der Beuth-Hochschule und an der Alice-Salomon-Hochschule.

Momentan bekommen Lehrbeauftragte an Berliner Unis etwa 22,50 bis 35 Euro pro Stunde – Leistungen wie Seminarvorbereitung und Korrektur von Klausuren sind in diesem Honorar bereits eingerechnet. Als freie Mitarbeiter der Universitäten und Fachhochschulen sind sie sozial- und arbeitsrechtlich nicht abgesichert. So wie Birgit Schmieder: Die 56-Jährige lehrt seit 1989 Oboe und Methodik und Didaktik an der Universität der Künste. Rechne sie die Vorbereitung für ihre Lehre mit ein, verdiene sie

pro Stunde dort etwa 9,80 Euro. „Man arbeitet genauso viel wie eine fest angestellte Professorin, verdient aber nur einen Bruchteil. Das ist skandalös“, findet Schmieder.

Nachdem der Beschwerdechor gesungen hatte, überreichten die Protestierenden Thorsten Metter, Sprecher von Wissenschaftssenatorin Sandra Scheeres, eine Mappe mit ihren Forderungen. Neben sozialversicherungspflichtigen Stellen und einer Angleichung der Honorare an die hauptamtlicher Beschäftigter werden auch mehr Mitbestimmungsrechte und eine ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen gefordert. Metter sagte, die Senatsverwaltung wolle sich weiter mit dem Thema beschäftigen.

DER TAGESSPIEGEL



06.11.2014 10:55 Uhr

Bundesweiter Protest der Lehrbeauftragten

Prekäre Lehre

von Sarah Schaschek

Lehrbeauftragte sind unterbezahlt, obwohl keine Hochschule in Deutschland noch ohne sie auskommt. Bei einem Aktionstag am heutigen Donnerstag protestieren sie bundesweit und informieren über ihre Arbeitsbedingungen.



Voller Einsatz. Wegen der steigenden Studierendenzahlen übernehmen Lehrbeauftragte immer mehr grundständige Lehre. Ihre Zahl hat sich seit 2004 fast verdoppelt. - FOTO: IMAGO

Am Ende hat es dem ehemaligen Professor gereicht. 42 Euro pro Stunde wurden ihm für seinen Lehrauftrag vorab schriftlich zugesagt, im Vertrag standen plötzlich sechs Euro weniger. Weil er auf mehrfaches Nachfragen keine Antwort erhielt, teilte er der Hochschule im September in einer E-Mail mit: „Ich verspüre nicht die geringste Lust, eine weitere Auseinandersetzung um die Höhe des Honorars zu führen.“ Den Lehrauftrag sagte er hiermit ab.

Jahrzehntelang unterrichtete er Studierende in Nachrichtentechnik, seit 2007 ist er im Ruhestand. Als ein Kollege von der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) ihn bat, im Wintersemester eine Vorlesung zu übernehmen, ließ er sich überreden, forderte aber eine höhere Vergütung als den an der HTW üblichen Stundensatz von 36 Euro.

Man bot ihm 42 Euro, das zahlt die HTW in Ausnahmefällen. Es war dem Professor immer noch zu wenig, aber er wollte dem Kollegen den Gefallen tun. Auf das Geld ist er nicht angewiesen, trotzdem empfand er den niedrigen Satz als mangelnden Respekt gegenüber seiner Arbeit.

Nicht mehr alle sind bereit, die prekären Zustände hinzunehmen

Der Technik-Professor mag kein Lehrbeauftragter sein, der vom Unterrichten leben muss. Doch sein Protest zeigt, dass längst nicht mehr alle bereit sind, die prekären Zustände an den Hochschulen hinzunehmen. Honorarprofessoren stemmen einen großen Teil der

regulären Lehre, sie nehmen Prüfungen ab und korrigieren Hausarbeiten, werden jedoch nur pro gehaltene Stunde bezahlt. Wer auf Vorlesungsskripte zurückgreifen kann, spart zumindest die unbezahlte Vorbereitungszeit. Doch selbst bei vollem Lehrdeputat verdienen Lehrbeauftragte nach Steuern und Sozialabgaben nicht einmal halb so viel wie ihre angestellten Kollegen. Vielen droht Altersarmut. Selten haben die Dozenten dagegen Mitspracherecht an den Hochschulen, weil sie nicht als wissenschaftliches Personal gelten. Politisch organisierten sie sich lange nicht, auch weil sie sich untereinander kaum kannten.

Nun regt sich so etwas wie Widerstand. Bereits 2011 hatte die Bundeskonferenz der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen in ihrer „Frankfurter Resolution“ Dauerstellen für alle gefordert, die den Kernbereich der Lehre abdecken, und eine vergleichbare Bezahlung für jene, die mit weniger regelmäßigen Aufträgen zu einem vielfältigen Lehrangebot beitragen. Ein Jahr später zogen die Sprachlehrbeauftragten nach, die wie die Musikhochschuldozentinnen besonders häufig ihren Lebensunterhalt durch Unterrichten bestreiten. An einzelnen Hochschulen gibt es mittlerweile Beschlüsse zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, etwa an der Europa-Universität in Frankfurt (Oder) sowie an der Freien Universität Berlin. Am heutigen Donnerstag rufen die Bundeskonferenzen gemeinsam mit der Bildungs-Gewerkschaft GEW zu einem bundesweiten Aktionstag auf, um öffentlich auf ihre Situation aufmerksam zu machen.

Der große Aufstand wird wohl ausbleiben, die Angst ist zu groß

In Berlin beteiligen sich sieben Hochschulen mit Info-Tischen, Flashmobs und Podiumsdiskussionen, darunter die FU und die Humboldt-Universität. Um 13 Uhr wird es eine Protestaktion vor der Senatsbildungsverwaltung geben, bei der eine „Berliner Resolution“ mit Forderungen an den Senat übergeben werden soll. Auch in Bremen, Rostock, Leipzig und Hamburg sind Proteste geplant, die Musikdozenten sind deutschlandweit präsent. Doch der große Aufstand wird wohl ausbleiben. Zu groß ist bei den meisten die Angst, aufgrund des Engagements keine weiteren Lehraufträge zu bekommen.

Aus dem Fachbereich Ingenieurwissenschaften an der HTW, wo nach dem Rückzieher des Professors plötzlich ein Lehrbeauftragter fehlte, heißt es, dass solche Absagen selten vorkommen. „Die Bedingungen sind ja im Vorfeld bekannt“, sagt Dekan Friedrich Sick. Oft ist es aber einfach unmöglich, einen Vertrag abzulehnen. Manche ausländische Lehrbeauftragte müssten für ihre Aufenthaltserlaubnis einen Lehrauftrag vorweisen. Ein Mittelbau-Vertreter der Viadrina spricht von „feudalen Abhängigkeitsverhältnissen“.

Die Freie Universität signalisiert Zustimmung

Dabei bestreitet kaum jemand die Probleme. Als die GEW-Mittelbauinitiative im Juli beim Akademischen Senat der FU in einem Antrag forderte, die Bezahlung und Integration von Lehrbeauftragten zu verbessern, gab es Zustimmung von Professoren und Präsidium. „Da war niemand, der uns als Externe bezeichnet hat, für die man sich nicht einsetzen kann“, erinnert sich Linda Guzzetti, die an der FU Vertreterin der Lehrbeauftragten im Beirat des Sprachzentrums ist. In Berlin und Brandenburg ist gesetzlich nicht vorgesehen, dass

Lehrbeauftragte vom Personalrat vertreten werden – anders als in Nordrhein-Westfalen und Schleswig Holstein. An der Uni Bochum konnten Lehrbeauftragte dadurch kürzlich eine beträchtliche Honorarerhöhung durchsetzen.

Ursprünglich sollten Lehraufträge an erfahrene Praktiker gehen, die das Lehrangebot ergänzten, aber von einem anderen Hauptberuf lebten. Seit die Studierendenzahlen steigen, aber kaum neue Professuren entstehen, übernehmen Lehrbeauftragte immer häufiger grundständige Lehre. Ihre Zahl hat sich seit 2004 fast verdoppelt. Einen weiteren Beruf üben die wenigsten aus. An der HTW etwa werden 48 Prozent aller Kurse von Externen abgedeckt. Der rebellische Technik-Professor spricht von „Verantwortungslosigkeit gegenüber den Studenten“, da die Qualität der Lehre so kaum sicherzustellen sei.

In Brandenburg wird eine Gesetzesänderung zum Bumerang

Dekan Friedrich Sick widerspricht: „Ich kann aus meiner Erfahrung nicht bestätigen, dass die Lehrbeauftragten schlechten Unterricht machen. Im Gegenteil: Sie sind zum überwiegenden Teil sehr motiviert.“ Dass Berliner Hochschulen so viele Lehrbeauftragte beschäftigen, hängt für Sick mit der schlechten Bezahlung von Professoren zusammen. Nicht selten platzten Berufungen wegen der niedrigen Besoldung.

In Brandenburg meint man, prekäre Beschäftigung durch einen Trick abwenden zu können. Lehraufträge sollen nur vier Semester hintereinander für höchstens vier Semesterwochenstunden vergeben werden, um zu verhindern, dass Dozenten ohne Hauptberuf dauerhaft unterrichten. Linda Guzzetti bezeichnet die Vorschrift als „Bumerang für Lehrbeauftragte“, die jetzt noch häufiger Arbeit an verschiedenen Hochschulen suchen müssten. Zur Zeit wird geprüft, ob Unis die Offenlegung der beruflichen Situation überhaupt verlangen dürfen oder damit gegen das Persönlichkeitsrecht verstoßen.

Obwohl die Forderung der freien Dozenten nach mehr sozialversicherungspflichtigen Stellen auf der Hand liegt, geht ihr Kampf um faire Arbeitsbedingungen zäh voran. Guzzetti freut sich zwar über die allmähliche Bereitschaft einiger Präsidien, über Vergütung, Mitsprache und Befristung von Lehrbeauftragten zu reden. „Wir befinden uns auf einem guten Weg“, sagt sie. Natürlich ändere sich die Situation nicht über Nacht, aber immerhin bewege sich seit einem Jahr etwas.

Über die Berliner Aktivitäten im Rahmen des Aktionstages am Donnerstag informiert ein Blog im Internet.

Zeit Online

Hochschulpersonal

Musikdozenten ziehen andere Saiten auf

An deutschen Musikhochschulen werden freie Lehrkräfte "unter aller Sau" behandelt. Sagt sogar die Stargeigerin Anne-Sophie Mutter. Nun demonstrieren die Dozenten. von Volker Hagedorn

6. November 2014 06:49 Uhr

Sie arbeiten für 20 bis 40 Euro pro Stunde, neun Stunden pro Woche sind das Limit, und länger als ein halbes Jahr währt ihre Sicherheit nie. Man kann sie dann einfach wegschicken. Wenn sie krank oder schwanger werden oder sich auf dem Weg zur Arbeit ein Bein brechen – Pech gehabt. Von Weihnachtsgeld können sie nur träumen, vom Streikrecht auch. Selbst mit weiteren Jobs verdienen viele weniger als die Hälfte dessen, was als Minimum gegen drohende Altersarmut gilt. Die Rede ist nicht von Saisonhilfskräften in unsozialen Weltgegenden, sondern von Hochqualifizierten, ohne die Deutschlands Weltruf als Musikland nur noch ein ferner Klang wäre. Man nennt sie "Lehrbeauftragte".

4.827 von ihnen gibt es an den 24 deutschen Musikhochschulen, an denen sie 30 bis 70 Prozent aller Lehrstunden für 21.000 Studenten sichern. Dort werden sie zwar überwiegend wie Saisonarbeiter behandelt, aber keineswegs so eingesetzt – fast jeder zweite macht seinen Job schon seit mehr als elf Jahren. "Der Stundenlohn ist unter aller Sau", erklärt eine Geigerin, "kein anderer Mensch würde eine zehn Jahre lange Ausbildung auf sich nehmen, um dann wirklich für Brotkrumen nicht mal in einer festen Anstellung zu sein." Es ist nicht irgendeine Geigerin, die das vor laufender Kamera sagt, und auch keine Lehrbeauftragte, sondern der deutsche Weltstar Anne-Sophie Mutter. Sie solidarisiert sich mit ihren Kollegen, die jetzt auf die Straße gehen.

"Ursprünglich"; sagt Karola Theill, die Sprecherin der Lehrbeauftragten, "waren die Aufträge zur Ergänzung der Lehre an den Musikhochschulen gedacht. Es lohnt sich nicht, etwa für Bassklarinette eine feste Stelle einzurichten, und es war sinnvoll, dass Leute aus Orchestern nebenher in Hochschulen unterrichten." Doch Letztere sind längst eine Minderheit in der gewachsenen Zahl vertragsloser Hochschullehrer im Bereich Musik. Zwei Dritteln von ihnen gilt die Tagelöhnerie auf höchstem Fachniveau als existenziell wichtiger Teil des Einkommens. Gerade mal 8.000 Euro brutto für 270 Stunden im Jahr, überwiegend Einzelunterricht, die Vorbereitung nicht gerechnet? Da würden nicht nur Lokführer und Lufthansa-Piloten in hysterisches Gelächter ausbrechen.

Musiker zweiter Wahl?

Nun hat das Wort Lufthansa-Pilot entschieden mehr Sex als das Wort Lehrbeauftragter, in dessen Schatten man leicht überhört, dass da nicht etwa Gestrandete ein Gnadentrost verzehren. Auch Preisträger sind unter ihnen, Mitglieder renommierter Ensembles – die freilich weder mit prallen Terminkalendern noch satten Gagen rechnen können. Karola Theill konzertiert als Liedpianistin schon mal mit Angela Denoke in Paris, ist aber auf ihre Lehrjobs in Berlin und Rostock angewiesen. Man wisse doch, hörte sie aus Funktionärsmund, auf was man sich als Musiker einlasse. Da spukt noch immer das Klischee von der brotlosen Kunst, und es spukt nicht nur, es prägt die Praxis. Wer nicht in Stellung ist oder berühmt wie Frau Mutter, der ist halt der "arme Poet".

Könnte es sein, dass man es im international bewunderten Musikland nicht so wichtig findet, auf welcher Basis die schönen Töne entstehen? "Respektlos" nennt Anne-Sophie Mutter die

Abspeisung von Künstlern, deren zielgerichtete Ausbildung so früh wie in keiner anderen Branche beginnt und die ihren Abschluss an eben den weltweit begehrten Hochschulen machten, denen die Politik die Budgets knapp hält. Mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen übrigens, wo Geld für neue Hochschulstellen locker gemacht wird und es Mutterschutz und Mitbestimmung für die Lehrbeauftragten der Musik schon gab, ehe die sich in einer eigenen "Bundeskonzferenz" organisierten.

85.000 akademische Tagelöhner

Ihnen sind mittlerweile die Sprachlehrbeauftragten gefolgt. Die Deutsche Orchestervereinigung mit ihren 13.000 Mitgliedern unterstützt ihre Forderungen, auch die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft. Da mögen Politiker fürchten, irgendwann den Forderungen sämtlicher 85.000 akademischer Tagelöhner in der Bundesrepublik gegenüberzustehen. Doch an den Unis wird kein Einzelunterricht erteilt, dort arbeitet kaum ein Freischaffender so kontinuierlich wie ein Professor. Die Musiker, die das tun, fordern nun Dauerstellen für Daueraufgaben, gleiches Geld für gleiche Arbeit, Mitbestimmung und eine höhere Grundausstattung der Hochschulen.

Denn den Akademien raten Politiker gern zur Selbstkannibalisierung: Sie sollten doch einfach mal besser mit dem Geld umgehen. Mancher Rektor reicht da den schwarzen Peter gleich an die Lehrbeauftragten weiter: Wer so eine Arbeit sein Leben lang mache, erklärte der Karlsruher Hochschulchef, der sei wohl anderswo "nicht akzeptiert" worden. Der Präsident der Frankfurter Hochschule schlug seiner Landesregierung jüngst vor, die Lehrauftragshonorare bis 2020 auf dem Stand von 1980 einzufrieren. Dann fiedelt mal schön!

An 20 Standorten werden die Musiklehrer am 6. November demonstrieren, in Hochschulen und vor Ministerien. Was daraus wird, das wird man irgendwann hören, soweit der Ruf dieses Musiklandes reicht.

FURIOS

STUDENTISCHES CAMPUSMAGAZIN DER FU BERLIN

„Die FU zahlt am schlechtesten“

Linda Guzzetti unterrichtet am Sprachenzentrum der FU. Sie setzt sich gegen das prekäre Beschäftigungsverhältnis der Lehrbeauftragten ein. Weshalb das nötig ist, erklärt sie Karl Kelschbach.

Nicht alle Lehrenden arbeiten zu den gleichen Bedingungen an der Freien Universität. Lehrbeauftragte etwa haben hier keine Festanstellung. Linda Guzzetti ist eine von ihnen, sie lehrt am Sprachenzentrum der FU Italienisch und arbeitet auch an anderen Unis. An der FU ist sie zusätzlich Vertreterin der Lehrbeauftragten im Beirat. Sie ist an der Organisation eines bundesweiten Aktionstages der Lehrbeauftragten am Donnerstag, 6. November 2014, beteiligt. An dem Tag soll über die Arbeitsbedingungen der Lehrbeauftragten informiert werden und um Unterstützung geworben werden.

FURIOS: Frau Guzzetti, Sie sind Lehrbeauftragte am Sprachenzentrum der FU und gelten damit als „externe Expertin“. Was unterscheidet Sie von festangestellten Dozentinnen oder Dozenten?

Linda Guzzetti: In der Lehre nichts. Für die Studierenden macht es keinen Unterschied, welche Position die lehrende Person hat. Anders als Festangestellte sollten Lehrbeauftragte aber keine Verwaltungsaufgaben übernehmen.

FURIOS: Kommen Sie denn bei Ihrer Arbeit um die Verwaltungsaufgaben herum oder müssen Sie doch diese Arbeit erledigen, für die Sie gar nicht zuständig sind?

Guzzetti: Natürlich bleibt Verwaltungsarbeit nicht ganz aus. Das eigentliche Problem ist aber, dass wir Daueraufgaben übernehmen, dafür aber nicht angestellt werden. Eine Daueraufgabe ist alles, was regelmäßig gemacht wird – die Leitung von Sprachkursen, die an der FU zu vierzig Prozent von Lehrbeauftragten übernommen wird, gehört eindeutig dazu. Die Möglichkeit, angeblich „Externe“ zu geringer Vergütung zu beschäftigen, ohne Sozialbeiträge zu bezahlen, wird vom Arbeitgeber benutzt. So läuft die Personalpolitik an Hochschulen.

FURIOS: Trotzdem sind Lehraufträge heiß begehrt. Wie kommt das?

Guzzetti: Es gibt verschiedene Typen von Lehrbeauftragten. Zunächst sind da jene Lehrbeauftragte, für die diese Nicht-Beschäftigungsverhältnisse tatsächlich vorgesehen sind: Experten und Expertinnen aus der Wirtschaft oder dem öffentlichen Dienst, die ihre Praxiserfahrung in die Universitäten tragen. Sie haben neben ihrem Lehrauftrag meist eine ordentlich vergütete Anstellung.

FURIOS: Eine so bequeme Situation hat aber nicht jeder.

Guzzetti: Nein, es gibt darüber hinaus zahlreiche Lehrbeauftragte, die sich in der Qualifikationsphase befinden. Meist sind es Doktoranden und Doktorandinnen, die sich über Stipendien oder Drittmittel finanzieren. Sie wollen unterrichten, um zu lernen, wie man das macht, und um es in ihren Lebenslaufschreiben zu können. Doch sie sind in einer denkbar schwachen Position, da ihr Lehrauftrag meist von der gleichen Person vergeben wird, die

auch die Promotion betreut. Ihre Lehraufträge werden zum Teil überhaupt nicht vergütet. Schließlich gibt es noch Leute wie mich, die von Lehraufträgen leben. Was bleibt uns anderes übrig? Begehrt sind die Lehraufträge aber auch, weil die Arbeit wirklich interessant ist.

FURIOS: Ihre Arbeitsbedingungen lassen zu wünschen übrig. Was fordern Sie, um das zu ändern?

Guzzetti: Die Hauptforderung ist: Dauerstellen für Daueraufgaben.

FURIOS: Halten Sie es für realistisch, die Universitätsleitung davon zu überzeugen?

Guzzetti: So etwas kostet Geld, das steht außer Frage. Die drei großen Berliner Universitäten haben aber ausreichend finanziellen Spielraum. Es kommt darauf an, wie sie sich entscheiden, ihr Geld zu nutzen. Die FU hat sich bislang nicht zugunsten der Lehrbeauftragten entschieden. Mit 25 Euro pro Stunde bezahlt ihr Sprachenzentrum von den Berliner Universitäten am schlechtesten. Immerhin steht eine schrittweise Gehaltserhöhung bis 2017 in Aussicht – pro Jahr ein Euro Stundenlohn mehr. Die TU zahlt jetzt schon mehr.

FURIOS: Wobei sich ja selbst 25 Euro erst einmal gar nicht übel anhören.

Guzzetti: Von diesem Geld gehen Renten- und Krankenkassenbeiträge zu 100 Prozent ab, da der Arbeitgeber nichts bezahlt. Zudem werden wir nur für die Zeit bezahlt, in der wir Unterricht erteilen. Es gibt aber eine Menge zusätzliche Arbeit, die nicht vergütet wird: Vorbereitungen, Tests, Betreuung der Studierenden, Online-Lehre, Korrekturen, Organisation und Koordination mit den Kolleginnen.

FURIOS: Haben Sie mal ausgerechnet, was Sie netto pro Stunde bekommen?

Guzzetti: Es ist schwer die Vergütung einer Arbeitsstunde zu ermitteln. Wir können sagen, dass sie bei einem Honorar von 20 bis 25 Euro zwischen 4 und 18 Euro schwankt, je nachdem wie viele Korrekturen und wie viel Vorbereitung notwendig sind.

FURIOS: Eine Gehaltserhöhung würde, wie Sie selbst sagten, Kosten verursachen. Welche Finanzierungsmöglichkeiten gibt es?

Guzzetti: Diese Frage können wir dem Land Berlin stellen. Es geht darum, wie man die Grundfinanzierung der Hochschulen garantiert. Wir brauchen eine angemessene Finanzierung.

FURIOS: Setzen wir eine Ebene tiefer an: Zeigen sich Sprachenzentrum und Präsidium kooperativ?

Guzzetti: Nein. Alles, was wir dem Sprachenzentrum abringen konnten, ist ein Raum für Lehrbeauftragte, auf den wir anderthalb Jahre warten mussten. Das Präsidium hat das Thema lange ganz ignoriert. Inzwischen versucht es, die Zahl unbezahlter Lehraufträge zu verringern – aber nicht, indem es die entsprechenden Lehrbeauftragten vergütet, sondern indem es sie gar nicht erst beauftragt.

FURIOS: Um auf diese Situation hinzuweisen, planen Sie, am sechsten November einen bundesweiten Aktionstag. Was haben Sie konkret vor?

Guzzetti: In Berlin werden wir an vielen Hochschulen durch Flyer und Transparente auf unsere Situation aufmerksam machen. Wir werden der zuständigen Senatsverwaltung eine

Resolution mit unseren Forderungen überreichen. Die GEW und die Deutschen Orchestervereinigung werden eine Pressekonferenz veranstalten. Zudem gibt es lustige Aktionen von Musik- und Sprachlehrbeauftragten.

FURIOS: Glauben Sie, dass sich jemand für Ihren Aktionstag interessieren wird? Die Studierenden erfahren schließlich nicht viel von Ihrer Situation.

Guzzetti: Die Studierendenvertreter und -Vertreterinnen haben auf ihren Websites auf den Aktionstag hingewiesen. Verglichen mit den letzten Jahren – oder besser: Jahrzehnten – regt sich schon ein gewisses Interesse. Der Tagesspiegel und andere Zeitungen brachten Artikel über die Situation der Lehrbeauftragten. Allmählich wird klar: Es kann nicht so bleiben.

taz.de

• 07.11.2014

Die akademische Holzklasse wehrt sich

AKTION Lehrbeauftragte an Hochschulen organisieren sich erstmals bundesweit. Sie fordern bessere Bezahlung und Absicherung

VON ANJA KRÜGER

BERLIN taz | Birgit Schmieder ist eine preisgekrönte Oboe-Spielerin, ihr Konzertexamen bestand sie mit Auszeichnung. Seit 1989 unterrichtet sie an der Universität der Künste, HdK, in Berlin. Wie viele Stunden in der Woche, weiß die 56-Jährige immer erst kurz vor Semesterbeginn. Als Lehrbeauftragte hat sie keine Planungssicherheit. Und ihr vergleichsweise geringes Honorar bekommt sie erst am Ende der Vorlesungszeit. Am Donnerstag hat Birgit Schmieder dem Sprecher des Berliner Wissenschaftssenator flankiert von Chorgesängen eine Resolution der Lehrbeauftragten übergeben. "Wir fordern eine vernünftige Bezahlung, feste Stellen und eine Vertretung im Personalrat", sagte sie.

An über 20 Orten machten Lehrbeauftragte an deutschen Hochschulen auf ihre Situation aufmerksam: mit Flashmobs, Infoständen oder Podiumsdiskussionen. Es war der erste bundesweite Aktionstag einer Gruppe, die sich als akademisches Prekariat fühlt: rechtlos, schlecht abgesichert und mies bezahlt.

250 Lehrbeauftragte sind allein an der Fakultät für Musik der HdK tätig. "Wir decken 40 Prozent der Lehre ab", sagt Schmieder. Weil Lehrbeauftragte billiger sind als Festangestellte, nimmt ihre Zahl bundesweit zu. Von 2004 bis 2013 stieg die Zahl der Lehrbeauftragten und Honorarprofessoren nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) von 53.400 auf 94.100. Die oft privilegierten Honorarprofessoren und Privatdozenten abgezogen, waren 2013 an bundesdeutschen Hochschulen 85.300 Lehrbeauftragte tätig.

"Ohne Lehrbeauftragte würde der Lehrbetrieb an vielen Hochschulen zusammenbrechen", ist David Bowskill von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft überzeugt. Bundesweit stellen die Lehrbeauftragten 36 Prozent des gesamten wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen.

Birgit Schmieder unterrichtet an der Hochschule der Künste Oboe und gibt Seminare in Methodik/Didaktik für angehende Musiklehrer. Für 60 Minuten Unterricht bekommt sie 29,50 Euro Honorar, viele Kollegen erhalten sogar nur 22,50 Euro, wenige Glückliche verdienen 35 Euro pro Stunde. Für das Honorar muss Schmieder die Stunden vor- und nachbereiten; auch Fachgespräche und Prüfungsvorbereitungen mit Studierenden werden nicht gesondert vergütet. Ein Professor in der Besoldungsgruppe W2 dagegen verdient in der Stunde 82 Euro und ist exzellent bei Krankheit und im Alter abgesichert. Die Lehrbeauftragten fordern, dass ihre Stundensätze an die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst angepasst werden.

Die vorlesungsfreie Zeit bekommt Birgit Schmieder, wie alle Lehrbeauftragten nicht bezahlt. Als Musikerin kann sie sich immerhin in der Künstlersozialkasse versichern und muss nur die Hälfte der Sozialabgaben zahlen. Die Lehrbeauftragten aus anderen Bereichen müssen die

Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung komplett allein aufbringen. In der Arbeitslosenversicherung sind alle nicht.

Für die Lehrbeauftragten ist es schwer, sich zu wehren. Viele haben Angst, keinen Vertrag mehr zu bekommen, sagt Birgit Schmieder. Um sich gemeinsam zu wehren, muss man sich erst einmal kennen. An ihrer Fakultät haben sich die rechtlosen Akademiker vor drei Jahren organisiert. "Vorher wussten viele nicht, dass sie im selben Haus unterrichten", berichtet sie.

Auf Bundesebene gibt es seit 2011 die Bundeskonferenz für Lehrbeauftragte, die jetzt den bundesweiten Aktionstag in Gang gesetzt hat. Sie hat auch erreicht, dass sich Organisationen wie die GEW oder die Deutsche Orchestervereinigung um das Thema zu kümmern beginnen. Der Job als Lehrbeauftragte sei als Nebentätigkeit gedacht, sagt Schmieder. "Aber das ist er nicht."

Weil Lehrbeauftragte billiger sind als Festangestellte, nimmt ihre Zahl bundesweit zu.

Junge Welt

Prekäre Beschäftigung

Hochschullehrer sind Sachmittel

Lehrbeauftragte protestieren gegen sittenwidrige Arbeitsbedingungen

Katharina Schulze

4 Nov 2014 - 07:38

Lohndumping durch Leiharbeit und Werkverträge ist ein perfides Mittel der Unternehmer zur Verschärfung der Ausbeutung. Nicht anders machen das die deutschen Hochschulen, Universitäten und die übergeordneten Landesregierungen mit Lehrbeauftragten. Sie werden seit Jahren nur mit einem Teil der Entlohnung eines festangestellten Hochschullehrers abgespeist. Was ursprünglich als produktive Ergänzung der Lehrtätigkeit durch Wissenschaftler und Künstler mit Praxiserfahrung gedacht war, wird zunehmend zu einem akademischen Niedriglohnsektor.

Gerald Mertens, Geschäftsführer der Deutschen Orchestervereinigung (DOV), schätzt die Anzahl der Lehrbeauftragten an den deutschen Hochschulen, Honorarprofessoren eingeschlossen, auf 94.000 – eine Reservearmee des wissenschaftlichen und künstlerischen akademischen Personals. An den vier Berliner Kunst- und Musikhochschulen und an den Sprachzentren wurden – nach Auskunft des Berliner Senats – im Lehrjahr 2013/14 zwischen 37 und 73 Prozent des Pflichtlehrrangebots von Lehrbeauftragten erbracht. Das sind keine Hilfskräfte, sondern erfahrene Lehrer.

Eine von ihnen: Karola Theill – eine renommierte Pianistin und Liedbegleiterin. Sie ist Honorarprofessorin und unterrichtet an der Hochschule für Musik Hanns Eisler (HfM) in Berlin und an der Hochschule für Musik und Theater (HMT) Rostock. Den Titel gab es für langjährig hervorragende Leistungen als Lehrbeauftragte – eine Honorarerhöhung seit Jahren nicht. Auch die Gagen für ihre Auftritte als Musikerin beziehungsweise das Salär für den privat erteilten Musikunterricht sind überschaubar. Frau Theill ist damit eine »Patchworkerin«. Aber nur eine der ungezählten Lehrkräfte, die sich mehrfach »einbringen« müssen, um schließlich ein paar Euro herauszubekommen. Immer mehr Fachkräfte arbeiten ohne feste, meist nur auf ein Semester befristete Arbeitsverträge. Das bedeutet auch: ohne Krankengeld, Kündigungsschutz, Mutterschutz. Ihre Leistungen entsprechen denen festangestellter Professoren und Dozenten, doch ihr Stundensatz beträgt nur 22,50 bis 30,00 Euro. Ein W2-Professor bekommt 82,00 Euro pro Stunde. Bezahlt werden für Lehrbeauftragte außerdem nur die Unterrichtsstunden, nicht die umfangreiche Vor- und Nachbereitung.

»Prekär ist nicht fair. Das muss sich ändern«, sagen die Betroffenen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die DOV rufen gemeinsam mit der Bundeskonferenz der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen und der Sprachlehrbeauftragten an Hochschulen zu einem bundesweiten Aktionstag am 6. November auf. Sie verlangen Festanstellung statt befristeter Lehraufträge, verbindliche Schritte zur Anpassung der Lehrauftragsvergütung an den Tarif des hauptamtlichen Personals, also »gleicher Lohn für gleiche Arbeit«, Bezahlung der Vor- und Nachbereitung, Gewährleistung von Sozialversicherungsleistungen, Kündigungs- und Mutterschutz, Wählbarkeit in Personalräte und Gremien der akademischen Selbstverwaltungen. Und selbstverständlich muss von den Ländern die Grundsicherung der Hochschulen so erhöht werden, dass die regulären Lehrveranstaltungen auch durch sozialversicherungspflichtige Lehrkräfte abgedeckt werden. Die »Freien« werden zur Zeit noch aus »Sachmitteln« bezahlt.

Die Lehrbeauftragten stehen hinter den Protesten. So mancher jedoch bleibt in der zweiten Reihe – aus Furcht um den Verlust auch der geringfügigen Arbeitsmöglichkeit. Die erste große koordinierte Aktion soll den Politikern die Kraft der Solidarität zeigen.

<http://www.tagesspiegel.de/wissen/aktionswoche-der-lehrbeauftragten-lehrauftraege-sind-prekaer/10912062.html>

DER TAGESSPIEGEL



CF

Aktionswoche der Lehrbeauftragten „Lehraufträge sind prekär“

30.10.2014 18:03 Uhr von Amory Burchard

Die Lehrbeauftragten an Hochschulen gelten als "akademisches Prekariat". Jetzt machen sie mit einem Aktionstag auf ihre Situation aufmerksam - und fordern unter anderem feste Stellen für Daueraufgaben.

An den Berliner Unis übernehmen Lehrbeauftragte bis zu 16 Prozent der regulären Lehre, an Kunst- und Musikhochschulen sind es 30 bis 46 Prozent. Noch größer ist der Anteil, den die akademisch ausgebildeten und oft promovierten Kräfte an den Fachhochschulen stemmen – bis zu 48 Prozent. Dabei verdienen sie mit 22,50 bis 35 Euro in der Stunde nicht einmal halb so viel wie ein fest angestellter W2-Professor mit 82 Euro, kritisieren Lehrbeauftragte, die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), von der Deutschen Orchestervereinigung (DOV) und von eigenen Bundeskonferenzen vertreten werden.

Am kommenden Donnerstag, 6. November, wollen sie bei einem bundesweiten Aktionstag gegen ihre Arbeitsbedingungen protestieren.

"Von öffentlichen Arbeitgebern ins Abseits gedrängt"

Verträge für nur ein Semester, kein Urlaubsanspruch, kein Mutterschutz, keine Krankenversicherung, Honorare, die nicht an die Tarifentwicklung angepasst sind: Hier werde eine Gruppe von hoch motivierten und qualifizierten Arbeitnehmern von öffentlichen Arbeitgebern ins Abseits gedrängt, sagt DOV-Geschäftsführer Gerald Mertens. Von den prekären Beschäftigungsverhältnissen seien bundesweit 85 000 Lehrbeauftragte betroffen. Für diejenigen, die dauerhaft Lehr- und Prüfungsaufgaben übernehmen, fordern Gewerkschaften und Vereinigungen jetzt feste sozialversicherungspflichtige Stellen.

Die Allermeisten sind existenziell auf Lehraufträge angewiesen

Die Vergütung bestehender Lehraufträge müsse an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder gekoppelt werden. Vergeben werden sollten die Aufträge nur noch für ergänzende Lehrangebote, vor allem im Praxistransfer. Bisher seien solche Lehraufträge die Ausnahme, sagt Karola Theill, Pianistin und Dozentin an Musikhochschulen in Berlin und Rostock. Im Musikbereich hätten nur 14 Prozent der Honorarkräfte auch einen Hauptberuf, von dem sie leben. Alle anderen seien existenziell auf Lehraufträge angewiesen.

In Berlin wollen Lehrbeauftragte am Aktionstag am 6. November eine Resolution an Senatorin Scheeres übergeben, mit Unileitungen diskutieren, über ihre Lage informieren, Konzerte geben – und singen. „Lehraufträge sind prekär, doch wir müssen davon leben, also gebt uns endlich mehr“, heißt es im Text für den „Beschwerde-Chor“. An der UdK veranstalten die Lehrbeauftragten bereits am 4. November ein ganztätiges Programm.

06.11.2014: Schlechtere Finanzierung, geringere Gehälter? (neues... <http://www.neues-deutschland.de/artikel/951387.schlechtere-finanz...>

neues-deutschland.de / 06.11.2014 / Bildung / Seite 2

Schlechtere Finanzierung, geringere Gehälter?

Für den GEW-Hochschulexperten Andreas Keller ist die Unterfinanzierung der Universitäten ein Grund für den Trend zu Dumping-Löhnen in der Wissenschaft

Lehrbeauftragte an Universitäten und Hochschulen würden »skandalös unterbezahlt«, heißt es im Aufruf zum heutigen bundesweiten Aktionstag der Lehrbeauftragten. Wie dramatisch ist die Situation aus Ihrer Sicht?

Ich benutze den Begriff »prekär« nur sehr zurückhaltend, aber auf die Situation der Lehrbeauftragten trifft er exakt zu. Lehrbeauftragte haben ja nicht einmal Arbeitsverträge, sondern werden stundenweise wie Tagelöhner bezahlt.

In den Vergütungsrichtlinien der Hochschulen ist von 40, ja von bis zu 60 Euro und mehr pro Unterrichtsstunde die Regel. Wenig ist das nicht.

Die Regel sind solche Stundensätze allerdings nicht. Im Schnitt werden nicht mehr als 20 bis 30 Euro pro Unterrichtsstunde gezahlt. Man muss berücksichtigen, dass darin weder Vor- und Nachbereitungszeiten noch der Aufwand für Klausurkorrekturen enthalten sind. Im Krankheitsfall und in der vorlesungsfreien Zeit erhalten sie keinen Cent. Der Arbeitgeber zahlt weder in die Renten- und Arbeitslosen-, noch in die Kranken- und Pflegeversicherung ein. In vielen Fällen liegen die tatsächlichen Stundenlöhne deutlich unter 8,50 Euro. Früher galt die Tätigkeit des Lehrbeauftragten als typischer Nebenerwerb, die Vergütung als Aufwandsentschädigung für Richter, Architektinnen oder Betriebswirte, die einen auskömmlichen Beruf haben und Praxiserfahrung in die Hochschullehre bringen. Heute versuchen sich immer mehr Betroffene, mit Lehraufträgen über Wasser zu halten, was aber mehr schlecht als recht funktioniert..

Auf diese Entwicklung angesprochen, verweisen die Hochschulen auf die Verantwortung der Politik, die die universitäre Lehre zu schlecht finanziert.

Zweifellos muss die Politik für eine verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen sorgen. Verantwortung tragen aber auch die Hochschulen; die einen wachsenden Anteil der Pflichtlehre mit Lehraufträgen abdecken und sich weigern, Mindeststandards für Lehrbeauftragte zu garantieren.

06.11.2014: Schlechtere Finanzierung, geringere Gehälter? (neues... <http://www.neues-deutschland.de/artikel/951387.schlechtere-finanz...>

Welchen Anteil hat die Abhängigkeit von der Drittmittelfinanzierung, also von den Geldern, die aus dem Etat der Hochschule bzw. der zuständigen Ministerien stammen, an der prekären Situation der Lehrbeauftragten?

Lehraufträge werden über Drittmittel zwar nicht finanziert, da diese in die Forschung fließen. Dennoch gibt es einen Zusammenhang. Der Anteil der Drittmittelfinanzierung hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Der weit überwiegende Teil dieser Gelder kommt nicht etwa aus der Wirtschaft, sondern stammt aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder aus der Exzellenzinitiative, die von Bund und Ländern finanziert werden. Diese Verlagerung der staatlichen Finanzströme von der Grundfinanzierung zur Drittmittelfinanzierung führt dazu, dass die Hochschulen immer weniger Geld für die Lehre und immer weniger langfristig planbare, regelmäßige Zuschüsse erhalten. Lehrbeauftragte als Dumping-Lehrkräfte erscheinen da als bequemer Ausweg.

Es gibt kaum verlässliche Zahlen darüber, wie hoch bzw. niedrig die Einkünfte der Lehrbeauftragten tatsächlich sind. Woran liegt das?

Zum einen haben die Hochschulen kein Interesse daran, die Zahlen öffentlich zu machen. Lehraufträge werden als sogenannte Sachmittel geführt. Man weiß dann zwar, wie viel Geld eine Hochschule für Lehraufträge ausgibt. Wie viele Lehrbeauftragte beschäftigt werden und nach welchen Stundensätzen sie bezahlt werden, kann daraus aber nicht direkt abgeleitet werden.

Besitzt Deutschland mit seinen prekär beschäftigten Lehrbeauftragten im Vergleich zum europäischen Ausland eine Sonderrolle oder gibt es in anderen EU-Staaten ähnliche Entwicklungen?

Die Figur des Lehrbeauftragten ist im europäischen Ausland schwer zu erklären, weil es diese Form Lehrkraft dort nicht gibt. Andere Länder kennen teilzeitbeschäftigte Lehrende oder Lehrassistenten. Aber Lehrenden, die nicht einmal einen Arbeitsvertrag bekommen und auch über ihre Einstellungsbedingungen nicht verhandeln können, weil der Lehrauftrag als hoheitlicher Akt gilt - das ist eine deutsche Besonderheit. Auch in Deutschland sollten die Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen endlich normalisiert werden. Die GEW fordert, dass prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Lehraufträge in reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden.

Wie haben Politik und Hochschulen auf diese Forderungen reagiert?

Mit dem »Templiner Manifest« hat die GEW 2010 eine umfassende Kampagne für eine Reform gestartet. Verbesserungen zeichnen sich mittlerweile bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern ab. Bei den Lehrbeauftragten beißen wir aber sowohl bei der Hochschulrektorenkonferenz als auch bei der Politik auf Granit. Lediglich Brandenburg hat vor kurzem im Zuge der Novellierung des Hochschulgesetzes versucht, die Probleme der Lehrbeauftragten aufzugreifen.

Mit welchem Ergebnis?

Das Hochschulgesetz sieht vor, dass Lehraufträge für maximal vier Unterrichtsstunden pro Woche und längstens für zwei Semester vergeben werden dürfen. Das ist gut gemeint, kann aber im Ergebnis die prekäre Lage der einzelnen Lehrbeauftragten verschlechtern. Besser wäre es gewesen, den Anteil von Lehraufträgen an der Pflichtlehre einer Hochschule zu begrenzen, den einzelnen Lehrbeauftragten aber bessere Perspektiven zu geben.